



## BÄRENDELLE

Die Essener Staatsanwaltschaft hat das Verfahren gegen die ehemaligen Besetzer\*innen des Schulgebäudes eingestellt - Wegen Geringfügigkeit.  
► Seite 3



## BUNDESWEHR UND ASYL

Bald sollen Soldat\*innen Asylanträge bearbeiten, Flüchtlingsorganisationen sind empört über die Ausweitung der Befugnisse.  
► Seite 6

## AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:  
► [www.akduell.de](http://www.akduell.de)

## Weihnachtsmänner outen Neonazi-Student

„Tumulte an der Ruhr-Uni“ und ähnlich lauteten die Schlagzeilen in der letzten Woche. Dort hatten studentische Aktivist\*innen den Neonazi Michael Brück geoutet, der seit diesem Semester an der Ruhr-Universität Bochum (RUB) Jura studiert. Als die Studierenden den Hörsaal betraten, in dem der Neonazi saß, um über ihn zu informieren, kam es zu einem Handgemenge.

Uni-Aktivist\*innen hatten in der vergangenen Woche zahlreiche Plakate auf dem Campus und in der Innenstadt aufgehängt sowie Flyer verteilt. Sie zeigen den Jura-Studenten Michael Brück. Der 23-Jährige gehörte zu den führenden Köpfen der militanten Neonazi-Gruppe „Nationaler Widerstand Dortmund“. Nachdem Waffen und rechtsradikales Material bei Durchsuchungen gefunden wurden, wurde die Vereinigung vergangenes Jahr vom Innenministerium verboten. Heute ist Michael Brück NRW-Vizevorsitzender der Neonazi-Partei „Die Rechte“, in der sich die ehemaligen Mitglieder verschiedener verbotener ultrarechter Kameradschaften organisiert haben, um ihren Aktionen einen legalen Anschein zu verpassen. Außerdem betreibt er einen Internet-Versandhandel mit dem Namen [www.antisem.it](http://www.antisem.it), über den er Propagandamaterial, Musik, Pfefferspray und Sturmhauben vertreibt.

### Handgemenge im Hörsaal

Die Antifaschist\*innen der RUB wollten den Neonazi auch in der Vorlesung erkennbar machen und einen kurzen Redebeitrag im Hörsaal halten. Ein Flashmob aus rund 20 Personen in Weihnachtsmann-Kostümen betrat dafür den Saal in der Bochumer Innenstadt. Doch schon nach kurzer Zeit eskalierte die Situation: „Inner-



Seit Montag auf dem Bochumer Campus: Graffiti-Portrait vom Neonazi. (Foto: ttm)

halb von Sekunden ist der Professor schon ausgerastet. Der hat losgebrüllt, wir sollten den Hörsaal verlassen“, erinnert sich Sarah Milsani\*, die an der Aktion teilnahm. „Jemand von uns entgegnete dann wir wären gleich wieder weg, wir bräuchten nur einen kurzen Moment. Trotzdem wurde der Professor direkt handgreiflich“, so Milsani im aktuell-Interview weiter. Der Neonazi Brück habe sich über die Unterstützung gefreut und sei währenddessen feixend durch den Saal gelaufen.

In der Berichterstattung nach dem Vorfall wurde nur auf die Gewalt im Hörsaal eingegangen. Fünf Personen sollen leicht verletzt worden sein, darunter Professor Georg Borges. Dieser hatte in einem Interview mit der WAZ angegeben geschlagen worden zu sein. Die Universität stellte sich hinter ihren Professor. „Wir Antifaschist\*innen wurden vom Rektor direkt vorverurteilt. Er hat sich nur auf das Wort des Professors verlassen. Das war definitiv ein Fehler, ich hoffe das sieht der Rektor jetzt auch ein“, so Milsani.

Nach der ersten Berichterstattung waren nämlich Handyvideos vom Vorfall im Internet aufgetaucht. Und die legen die Deutung nahe, dass es der Professor war, der in einer völlig friedlichen Situation mit Gewalt reagierte. Auf dem Video ist nämlich zu sehen, wie Professor Georg Borges auf die Teilnehmenden des Flashmobs zu-stürmt und sie schubst. Anschließend sieht man, wie seine Hände in Richtung Gesicht eines Flashmob-Teilnehmers gingen, und wie er später sogar einen Protestierenden festhält und brutal nach unten drückt. Peinlich für Presse und Rektorat, die es bisher offenbar für unmöglich gehalten hatten, dass die Eskalation von dem Professor ausgegangen sein könnte.

### Rektor gibt Neonazi Rückendeckung

Doch nicht nur der Professor bekommt Rückendeckung vom Rektorat, sondern auch Neonazi Michael Brück. Durch die Outingaktion seien die Persönlichkeitsrechte eines einzelnen Studenten verletzt worden, erklärte Rektor Elmar Weiler in einer

Stellungnahme. Gegen diese Behauptung wehrt sich Milsani: „Michael Brück ist der stellvertretende Landesvorsitzende der Neonazi-Partei ‚Die Rechte‘. Damit ist er eine Person des öffentlichen Lebens und es ist legal, in Wort und Bild auf ihn hinzuweisen“, so die Aktivistin. Obwohl dies auch der Unileitung bekannt sein sollte, engagierte diese noch am gleichen Abend ein Reinigungsunternehmen, um alle Plakate auf dem Campus entfernen zu lassen.

Verschiedene Aktivist\*innen haben sich seitdem noch mehrere Aktionen einfallen lassen, um die Diskussion um den Neonazi nicht versiegen zu lassen. Neben öffentlichen Stellungnahmen wurde eine Rundmail an einen Großteil der Studierenden geschickt, die den Text der Flyer, die auf dem Campus verteilt wurden, enthielt. Erst kürzlich haben unbekannte Sprayer Portraits von Michael Brück auf Flächen auf dem ganzen Campus gesprayt.

„Die Universität ist jetzt definitiv am Zug. Stellung zu beziehen und ganz klar zu sagen, was sie davon hält und was sie gedenkt zu tun“, so Milsani. Ein falsches Zeichen könnte, vor allem im Ruhrgebiet, Folgen haben: „Wir haben hier mit Dortmund eine Stadt, wo sich in den vergangenen Jahren viele Neonazis angesiedelt haben. Brück wird nicht der Einzige sein, der sich an der RUB ausbilden lassen wollen wird“, so Milsani. \*Name von der Redaktion geändert [Autor\*in der Redaktion bekannt]

### FORTSETZUNG

Das Neonazi-Outing an der Ruhr-Uni Bochum ist kein Einzelfall. Wie andere Universitäten in Deutschland reagieren, berichten wir auf [Seite 4 und 5](#).

**DER EKELBARON  
MELDET SICH ZU WORT****Mandela  
und die FDP**

Nach dem Tod Nelson Mandelas wird deutlich, wie sehr dieser bereits zu einer Heiligengestalt der bürgerlichen Gesellschaft geworden ist. Mandela zu huldigen ist an deutschen Schulen heute obligatorisch. Wer heute studiert, hat im Englischunterricht bereits mehrere Aufsätze über Mandelas historische Verdienste geschrieben. Nicht nur Margret Thatcher und Ronald Reagan hatten ihn einst als Terroristen bezeichnet, doch schon bald nach dem Ende des Apartheidsregimes wurde Mandela zum Vorkämpfer bürgerlicher Rechte stilisiert.

Es werden Zeiten kommen, in denen man den Verbrechen der Sozialdemokratie ebenso kopfschüttelnd gegenüberstehen wird, wie heute der Apartheid. Man wird nicht mehr begreifen können, was die Menschen unserer Zeit dazu antrieb, einen derartigen Unrechtsstaat zu unterstützen, der noch nicht einmal zum Schein einen König eingesetzt hat. Diese Stimmung könnte die außerparlamentarische FDP nun eigentlich nutzen, und sich in Feudalistische Deutsche Partei umbenennen.

Eine Umkehr in Richtung Vernunft ist von diesem Verein neureicher Dampfplauderer allerdings nicht zu erwarten. Vielmehr wird es ihr wohl einmal wieder einmal um die sagenumwobene Freiheit gehen. Zu Freiheitshelden taugen die Mitglieder der zielstrebigen Kleinpartei allerdings erst, wenn sie wie Mandela ein paar Jahre im Zuchthaus verbracht haben. Es würde ihnen sicherlich wohl tun.

**Hochachtungsvoll,  
Friedrich von Einhalt**

# Born to be rich – Ehemaliger Essener SPD-Ratsherr kassierte ab

**1.500 Euro am Tag verdienen - das klingt nach dem Traum vieler Menschen. Genau diese Summe soll der ehemalige Stadtrat Hoppensack in Essen als IT-Berater im stadteigenen Entsorgungsbetrieb erhalten haben. Oberbürgermeister (OB) Reinhard Paß stellt sich hinter die Verantwortlichen und die abgeschlossenen Verträge. Derweil ermittelt das Düsseldorfer Amtsgericht gegen den ehemaligen SPD-Ratsherrn und den mittlerweile ebenfalls zurückgetretenen Chef der Entsorgungsbetriebe Essen GmbH (EBE) Klaus Kunze.**

Der Skandal um Hoppensack, der am 25. September sein Amt niederlegte, und dem zurückgetretenen EBE-Chef Kunze, weitet sich aus. „Wir ermitteln jetzt auch gegen den ehemaligen Essener SPD-Ratsherrn Harald Hoppensack wegen des Verdachts auf Beihilfe zur Untreue“, erklärte eine Sprecherin der Essener Staatsanwaltschaft gegenüber den Medien. Auch gegen Klaus Kunze wird wegen Verdachtes auf Veruntreuung ermittelt. Zu den beiden Hauptangeklagten könnten bald weitere hinzukommen. So sollen drei nicht genannte Betriebsrät\*innen in den letzten Jahren mehr als 150.000 Euro Aufwandsentschädigung zu viel erhalten haben.

Gibt es hier womöglich eine Bevorzugung von SPD-nahen Personen durch den sozialdemokratischen Oberbürgermeister Paß? Die Situation erinnert stark an die Amigo Affäre aus Bayern, bei der Familienangehörige in politischen Ämtern mitarbeiteten und Geld einstrichen. Hier wurden zwar keine Familienangehörige, sondern parteinahe Personen bevorzugt. Der Hauptvorwurf von Staatsanwaltschaft und Ratsopposition ist, dass Kunze den Beratervertrag mit Hoppensacks Betrieb ohne Ausschreibung und zu unüblich hohen Konditionen abgeschlossen hat.

**Veruntreuung in Millionenhöhe**

Hoppensack und sein Beratungsunternehmen erhalten seit 1987 Aufträge durch städtische Betriebe. Darunter unter anderem von den



Gegen den Chef der Essener Entsorgungsbetriebe Klaus Kunze wird wegen Veruntreuung ermittelt. (Foto: Pressestelle EBE)

Essener Stadtwerken, der Messe-Tochter CCE und dem Entsorger Remondis, einem Tochterunternehmen der EBE. Alleine mit Remondis laufen bis 2014 Verträge in einer Höhe von 210.630 Euro. Sollten sich die Vorwürfe gegen den ehemaligen Ratsherrn und den Geschäftsführer der EBE bestätigen, muss von einer Veruntreuung in Millionenhöhe ausgegangen werden. Der sozialdemokratische Oberbürgermeister Paß bleibt bei seiner Position, dass alle Verträge ihre Richtigkeit hätten. In der letzten Ratssitzung der Stadt wick er den Fragen der Fraktionssprecher von CDU und Linke aus. Wie es denn sein könnte, dass der einstige SPD-Ratsherr solch hochdotierte Verträge mit mehreren Tochtergesellschaften der Stadt inne habe, wollte der Oberbürgermeister nicht verraten.

**Keine Aufklärungsarbeit vom  
Oberbürgermeister**

Was bleibt ist mehr als ein „Geschmäckle“, denn Essens Oberbürgermeister leistet keine ausreichende Aufklärungsarbeit. Neben den hohen Vergütungen der EBE sind auch deren Zuwendungen an SPD-Ortsvereine und SPD-nahe Gewerkschafter zu hinterfragen – denn auch über diese Gelder wird ein Mantel des Schweigens gelegt. Des Weiteren wurden hunderte Eintrittskarten für Konzerte, Fußballspiele und Veranstaltungen durch die Entsorgungsbetriebe erworben, deren Empfänger\*innen

verschwiegen werden und weder der Betrieb noch OB Paß leisteten aktive Aufklärung.

**Hoppensack: keine  
Rechtfertigung**

Vor kurzem hat sich der 66-jährige IT- und Unternehmensberater Hoppensack nun selbst zur Sache geäußert: Auf seiner neu eingerichteten Internetseite [www.harald-hoppensack.de](http://www.harald-hoppensack.de) versucht er die vermeintliche Kampagne gegen seine Person aufzuklären. Einleitend schreibt er: „Ich betone ausdrücklich, dass ich hier nicht den Versuch einer unnötigen Rechtfertigung unternehme, sondern Dinge aus meiner Sicht darstelle.“ Auf den Vorwurf, er habe seit 1998 2,1 Millionen Euro Beraterhonorare erhalten, schreibt er auf seiner Website: „Diese Summe wurde von der EBE genannt und ist falsch! Ich bin erst seit 2007 als Freiberufler für Beratung und Management von der EBE beauftragt.“ Eine genaue Summe nennt er jedoch nicht. Insgesamt wirkt die Website wie ein holpriger Versuch, sich von Vorwürfen freizusprechen - statt Antworten liefert Hoppensack Ausflüchte.

Weder OB Paß noch die Beschuldigten werden ohne klare Antworten zur Aufklärung der Affäre beitragen – dies kann natürlich auch eine Taktik sein, die Krise einfach auszusitzen. Ob ihnen das gelingt, entscheidet wohl nicht zuletzt die Hartnäckigkeit der Bürger\*innen Essens. [DanKe]



# Nikolaus bringt gute Nachrichten zur Bärendelle: Verfahren wegen Besetzung eingestellt

In der vergangenen Woche bekamen die ehemaligen Besetzer\*innen des leerstehenden Schulgebäudes in der Bärendelle Post von der Staatsanwaltschaft: Die Verfahren wegen Hausfriedensbruch wurden wegen Geringfügigkeit eingestellt. Erst im vergangenen Monat hatte Essens Oberbürgermeister Reinald Paß (SPD) sich an die Bürgerinitiative Bärendelle gewandt und dabei harte Vorwürfe gegen die Besetzer\*innen erhoben. Diese kämpft im Stadtteil Frohnhausen weiter für ein soziokulturelles Zentrum in der städtischen Immobilie und begrüßte pünktlich zum Nikolausfest ihr hundertstes festes Mitglied.



Die ehemalige Hauptschule „Bärendelle“ im Essener Stadtteil Frohnhausen soll zum Soziokulturellen Zentrum werden. (Foto: Mosmas, Creative Commons CCo 1.0 Universal Public Domain Dedication)

Sturmtief Xaver ist anderswo noch am toben, als die Nikolausfeier der Bürgerinitiative Bärendelle unter freiem Himmel vor dem ehemaligen Schulgebäude stattfindet. Mit Pavillons und Zelten trotzen hier rund 100 Anwohner\*innen Wind und Nieselregen. Am Schulgebäude sind mittlerweile auch die Fenster der ersten Etage mit Brettern vernagelt. Das mag sinnvoll sein, um Frostschäden zu verhindern – optisch verstärkt die Fassade nun umso mehr den Eindruck, dass die Stadt ihre Bürger\*innen aus dem, wie eine Festung gesicherten Gebäude, aussperren will.

Ralf Schubert und Anke Dussmann sind trotz des Regens guter Dinge. Am vergangenen Donnerstag haben Mitglieder der Bürgerinitiative Bärendelle mit drei Vertreter\*innen der Stadtverwaltung das Gebäude besichtigt. „Die Atmosphäre war gigantisch“, sagt Anke Dussmann. „Wie gemacht für ein Soziokulturelles Zentrum. Die erste Etage wäre direkt nutzbar.“ Für eine solche Nutzung hat die Bürgerinitiative bereits mehr als genügend Interessent\*innen gefunden. „Nicht nur Sport- und Karnevalsvereine benötigen Räume“, erklärt Ralf Schubert. „Auch eine Bibliothek, ein Café,

Ateliers oder Proberäume könnte man hier unterbringen. Für Alle von Null bis 100 Jahren.“ Es gebe bislang insgesamt Anfragen für das dreifache der Kapazität der ehemaligen Hauptschule in Frohnhausen.

## Gemeinnützige Stiftung will Luxuswohnungen bauen

Bereits Anfang November hatte sich die Bürgerinitiative mit der Stadtverwaltung und den drei zuständigen Bezirksbürgermeistern getroffen um über den Stand der Planungen zu sprechen. Drei Interessenten wurden hierbei genannt: Eine anonyme Wohnungsgesellschaft, die Bofrost-Stiftung, sowie die Anneliese-Brost-Stiftung. Insbesondere von der gemeinnützigen Brost-Stiftung hätte man hier gemeinsame Interessen vermuten können. Doch weit gefehlt: Die nach der langjährigen WAZ-Chefin benannte Stiftung tritt hier nicht als fördernde Stiftung, sondern als Investorin auf, die anscheinend das Ziel hat, Wohnungen für 8,50 Euro pro Quadratmeter in der Bärendelle unterzubringen. Vereine hätten sogar zehn Euro bezahlen sollen, was der Bürgerinitiative zu weit ging: „Das können auf keinen Fall die Vereine und bürger-

schaftlich Engagierten bezahlen, die auf der Suche sind. Teure Miete kann man auch woanders zahlen.“ Demnächst muss die Stadtverwaltung entscheiden, was mit dem Gebäude geschehen soll. Bekommt keiner der Investor\*innen den Zuschlag, wird die Immobilie öffentlich ausgeschrieben.

Nach der Räumung im Juli hatte sich das „Plenum Bärendelle“, über das die Besetzung organisiert worden war, aufgelöst. Damals gründete sich neben der Bürgerinitiative auch die Kampagne Aktion für Freiräume in Essen (A.F.F.E.), die sich nun allgemeiner für unkommerzielle und selbstverwaltete Zentren in Essen einsetzt. Die Stadt hatte sich rhetorisch stets um eine Abgrenzung der bürgerlichen alten Bären von den kriminellen jungen Affen bemüht, und dabei gemeinsame Ziele ignoriert. Im vergangenen Monat hatte Essens Oberbürgermeister Reinhard Paß (SPD) auf den offenen Brief der Bürgerinitiative geantwortet und dabei wenig Hoffnung auf Gnade für die Besetzer\*innen oder eine zukünftige Nutzung des Gebäudes gemacht, die nach anderen als allein wirtschaftlichen Kriterien entschieden wird. Während Paß bei den

Bürger\*innen um Sympathien buhlte, machte er gleichfalls deutlich, dass die Besetzung in der Schule in seinen Augen nicht friedlich abgelaufen sei, und dazu das Gebäude beschädigt habe, weshalb er bedauere, dass es zu der Aktion gekommen sei.

## „Das ist eine Niederlage für den OB.“

Die Staatsanwaltschaft beurteilt den Sachverhalt anscheinend anders und hat die Anzeige wegen Geringfügigkeit eingestellt. Ralf Schubert freut sich über diese Entscheidung: „Ein sehr gutes Zeichen. Das ist eine Niederlage für den OB.“ Im Januar will man nun selbst an die Staatsanwaltschaft herantreten um klären zu lassen, ob die Stadt den öffentlichen Auftrag, das denkmalgeschützte Gebäude zu erhalten, missachtet habe. Wenn es im Mai dann draußen wieder wärmer ist, sollen die Ideen für ein Soziokulturelles Zentrum dann auch unter freiem Himmel ausprobiert werden. Mit anderen Initiativen und bürgerschaftlichen Organisationen will man dann zeigen, welche vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten das Gebäude den Frohnhauser\*innen bietet. [aGro]

# Nazis im Hörsaal – wie reagieren?

Glatze, Bomberjacke, dumm wie Brot – dass militante und gewalttätige Neonazis längst nicht immer diesen alten Klischees entsprechen, hat sich inzwischen eigentlich rumgesprochen. Trotzdem geben sich viele Hochschulen überrascht bis hilflos, wenn bekannt wird, dass sich bei ihnen führende Neonazis als Studierende für ihre politischen und juristischen Aktivitäten ausbilden lassen. Doch wie sollten Unis reagieren, wenn sie von Neonazikadern in den eigenen Reihen erfahren? **akduell** berichtet über gute und schlechte Beispiele, Nazi-Outings und deren Folgen.

Nicht neu, dafür aber altbewährt, niederschwellig und effektiv, um eine Debatte loszutreten – so wäre vielleicht das Urteil der Presse über die Nazi-Outing-Aktion in einer Vorlesung an der Ruhr-Uni Bochum ausgefallen, wenn Jura-Professor Georg Borges sich etwas besonnener verhalten hätte. Schließlich ist das, was die Uni-Aktivist\*innen in Bochum vor hatten, als Aktionsform erprobt. Zum Beispiel vor fünf Wochen in Hannover: Mit Hinweisschildern, Konfetti, Flugblättern und einem kurzen Redebeitrag haben etwa 20 Verkleidete eine Politikwissenschafts-Vorlesung unterbrochen, um über eine anwesende Studentin zu informieren. Denn wovon die meisten im Hörsaal nichts wussten: Zwischen ihnen saß Christina Krieger, die stellvertretende Hannoveraner NPD-Vorsitzende und Sympathisantin der inzwischen verbotenen militanten Neonazi-Kameradschaft „Besseres Hannover“. Nach weniger als zwei Minuten hatten die Verkleideten den Hörsaal



Mit diesen Flyern und Plakaten wurde der Neonazi Kader Michael Brück an der Ruhr-Universität Bochum geoutet. (Foto: mac)

wieder verlassen und die Vorlesung ging weiter – und doch wurde die Aktion zu einem Medienereignis, denn die Aktivist\*innen stellten ein Video der Aktion online. In der Folge wird offen und kontrovers darüber diskutiert, wie die Hochschule mit Studierenden umgehen soll, die Rassismus und Antisemitismus verbreiten, und die radikal rechte Szene organisieren.

## Greifswald: Rechte Studis, rechter Prof

Vor zwei Jahren, im November 2011 an der Uni Greifswald. Während einer Politikwissenschafts-Vorlesung ergibt sich fast das gleiche Bild: Zwei Dutzend Kostümierte, Konfetti, Flyer – und eine kurze Rede über den Mitstudenten Marcus Gutsche. Der war

nämlich bis zum Verbot der Berliner Neonazikameradschaft KS Tor einer der führenden Köpfe der Organisation, und widmete sich anschließend dem Aufbau der Neonaziszene in Mecklenburg-Vorpommern. Als die verkleideten Aktivist\*innen nach knapp zwei Minuten und ohne besondere Zwischenfälle ihren Redebeitrag beendet hatten, brandete sogar Beifall auf. In den darauf folgenden Tagen wurde auch an der Uni Greifswald der Umgang mit Neonazis erneut zum Top-Thema. Dabei handelte es sich um eine Debatte, vor der sich einige an der Uni gerne gedrückt hätten. Schließlich war erst im Jahr zuvor der Greifswalder Jura-Professor Ralph Weber in die Schlagzeilen geraten, weil er Kleidung der Neonazi-Marke Thor

Steinar trug, bei einer Studentenverbindung über die Gründung einer neuen Rechtspartei referierte und sich mit den Spitzen von NPD und DVU traf, um sich mit ihnen über das gleiche Thema zu beraten. Um ein Zeichen zu setzen, verbot die Unileitung zumindest das Tragen von Neonazi-Kleidung auf dem Campus. Auch ohne Thor-Steinar-Outfit lehrt Professor Weber allerdings weiter an der juristischen Fakultät.

## Nazi-Outings: Eskalationen sind absolute Ausnahme

Ähnliche Outings von Neonazi-Funktionär\*innen gab es vor dem Bochumer Versuch auch an diversen anderen Hochschulen – etwa an der Uni Leipzig, wo Aktivist\*innen auf die Aktivitäten des Jura-Studenten und NPD-Stadtrats Manuel Tripp aufmerksam machten. Ebenfalls mit Musik, Partyutensilien und Masken besuchten sie dessen Vorlesung zum Thema Polizeirecht. Was diesen Aktionen allesamt gemein war: In jedem dieser Fälle warteten die Lehrenden die kurze Unterbrechung ihrer Veranstaltung ab und reagierten nicht aggressiv oder gewalttätig auf die verkleideten Besucher\*innen, so wie es in Bochumer Video zu sehen ist.

## Umstrittene Aktionsform

Obwohl die Outing-Aktionen in Hörsälen so gut wie immer völlig friedlich ablaufen, sind sie umstritten. Als im Juli vergangenen Jahres die NPD-Aktivistin Maria Dimerli an der Uni Freiburg geoutet wurde, fragte das Freiburger Stadtmagazin, ob es legitim sei, die Anwesenheit von Neonazis an der Universität öffentlich zu machen. Darauf erklärte Bernd Wagner von der Neonazi-Aussteigerinitiative EXIT-Deutschland: „Im vor-

**TIPPS & TERMINE**

Foto: Germe

**MITTWOCH, 11.12.**

**Mit Sicherheit Verliebt**  
Eigentlich ist der Inhalt des Projektes der Essener Medizinstudent\*innen die Aufklärung an Schulen zum Thema Verhütung und Sexualität. Doch Liebe ist vor allem was für die „Großen“: Jeden Mittwoch wird im 19 Down in Essen mit Mash up, Funk und HipHop gefeiert.

► Ab 22 Uhr, 19 Down – Rüttenscheiderstr. 114, Essen, Eintritt 3 Euro

**DONNERSTAG, 12.12.**

**Kowi-Party**  
Die Fachschaft 1a der UDE feiert erneut im Delta Musik Park in Essen die Kowi Party. Es kann auf drei Areas getanzt werden. Fassbier und Shots gibt es für 1,50 Euro. Und die Gorillas sind natürlich auch wieder dabei.

► Ab 22 Uhr, Delta Musik Park, VVK: 3 Euro, AK: 5 Euro

**FREITAG, 13.12.**

**A Christmas Carol**  
Eine musikalische Weihnachtsbescherung: Nach Vorlage des Dickens-Klassikers ein anrührendes, spannendes Stück Musiktheater voller prägnanter Bilder.

► Ab 19,30 Uhr, Theater im Rathaus Essen, Porscheplatz 1



liegenden Fall: Ja. Die Studentin verkündet öffentlich ihre sehr radikale rechtsextreme Weltanschauung. [...] Dadurch wird sie zu einer Person der Zeitgeschichte und muss damit rechnen, auf ihre Gesinnung angesprochen zu werden.“

Der Fall Maria Dimerli macht darüber hinaus deutlich, dass die Anwesenheit von Neonazis an den Hochschulen meist nicht losgelöst von ihren politischen Aktivitäten betrachtet werden kann. Schließlich veröffentlichte Dimerli im Internet nicht nur antisemitische und rassistische Propaganda, sondern auch die Erklärung, sie studiere Politikwissenschaften, um Beraterin der NPD zu werden.

### Outing in Konstanz: Nicht strafrechtlich relevant

Als im Jahr 2007 an der Universität Konstanz der NPD-Kader und Landesvorstand der NPD-Jugendorganisation JN Patrick Zwerger geoutet wurde, erklärte die Polizeidirektion Friedrichshafen, sie sehe darin keine strafrechtliche Relevanz, da alle verbreiteten Details der Wahrheit entsprechen, also weder diffamierend noch beleidigend seien. In Anbetracht seiner NPD-Ämter müsse Zwerger „damit rechnen, dass möglicherweise Andersdenkende sich entsprechend äußern“, erklärte damals Polizeisprecher Markus Sauter in der Schwäbischen Zeitung. Kritikwürdig sei lediglich das fehlende Impressum der Flugblätter, dies sei jedoch höchstens eine Ordnungswidrigkeit.

Dass Warnungen vor Neonazis an der Hochschule äußern berechtigt sein können, musste die Universität Mainz unheilvoll erfahren. Diese exmatrikulierte im



Engagement gegen Nazis in den eigenen Reihen: Diese Postkarte lässt die Uni Bielefeld im Rahmen des Projekts „Uni ohne Vorurteile“ verteilen. (Bild: Uni Bielefeld)

Jahr 2009 den hessischen NPD-Vizevorsitzenden Mario Matthes, nachdem dieser einen linken Studenten auf dem Campus krankenhaushausreif geprügelt hatte und dafür zu elf Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wurde. Bereits im Vorfeld der Gewalttat hatten antifaschistische Aktivist\*innen vor dem Gewalttäter gewarnt.

### Es geht auch anders: Bielefeld

Nicht selten reagieren Universitäten mit Abwehrverhalten darauf, wenn sie auf die Anwesenheit von Neonazis auf dem eigenen Campus aufmerksam gemacht werden. Es geht jedoch auch anders. An der Universität Bielefeld wurde durch Outing-Aktionen bekannt, dass sich dort an der juristischen Fakultät gleich mehrere führende und bekannte Neonazis ausbilden lassen. Unter ihnen ist der wegen Körperverletzung und Volksverhetzung vorbestrafte Sascha Krolzig. Krolzig war ein führendes

Mitglied der inzwischen verbotenen militant rechten Kameradschaft Hamm und aktuell NRW-Landesvorstand der Neonazi-Partei „Die Rechte“ – zusammen mit dem unlängst an der Uni Bochum geouteten Michael Brück. Ebenso tummelt sich an der Bielefelder Jura-Fakultät Julian Fritsch, der in der rechten Szene als Nazi-Rapper Makss Damage bekannt ist. Diesen Sommer geriet er in die Schlagzeilen, als er für die Die Rechte einen Song aufnahm, in welchem er Nazi-Gegner\*innen mit dem Tod bedroht und phantasiert, aus dem Autonomen Zentrum (AZ) in Wuppertal ein KZ zu machen.

Statt den Kopf angesichts der Neonazi-Präsenz in der Jura-Fakultät in den Sand zu stecken, entwickelte das Rektorat der Uni, zusammen mit dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung und dem AStA ein Programm gegen Menschenfeindlichkeit und Nazis an der Hochschule auf. Un-

ter dem Titel „Uni ohne Vorurteile“ bietet die Uni nun Schulungen für Mitarbeiter\*innen und Studierende an. Das Ziel: Den Neonazis soll keine Bühne in den Seminaren geboten werden und menschenfeindliche Gedanken sollen frühzeitig erkannt werden, damit aktiv interveniert werden kann. Außerdem hat das Bielefelder Rektorat in einem Begrüßungspaket zum Start des Wintersemesters eine Postkarte an Studienanfänger\*innen verteilt, auf der zu lesen war: „Ich will eine Uni ohne Nazis!“ Zusätzlich bietet die Uni Buttons mit dem Spruch „Uni ohne Nazis“ an, welche die Studierenden als Bekenntnis an der Kleidung tragen können - nicht nur, aber auch, wenn Neonazis im eigenen Hörsaal sitzen. An der Ruhr-Uni fordern jetzt unter anderem die Linke Liste und das Autonome FrauenLesbenreferat des AStA, ein vergleichbares Programm auch in Bochum aufzulegen. [Autor\*in der Redaktion bekannt]

### FREITAG, 13.12.

#### Studentenfutter

Seit Mai gibt es mit dem Institut für Optionale Partystudien jeden Monat eine Party für Studierende (und Nicht-Studis) im Grammatikoff. Wie immer mit einem bunten Mix aus House, Hip-Hop und Classics.

► Ab 23 Uhr, Grammatikoff Duisburg, Eintritt 5 Euro

### SAMSTAG, 14.12.

#### Ein Jahr Acampi

Die Antifaschistische Campusinitiative wird ein Jahr alt! Dazu kommt die Bremer Elektropunk-Band „Alltag“ in den AStA-Keller in Duisburg. Anschließend wird noch Techno und House aufgelegt.

► Ab 20 Uhr, AStA-Keller Duisburg, Eintritt frei

### SONNTAG, 15.12.

#### Philosophie-Salon

„Diskutieren sie mit!“ lautet die Devise des Philosophie-Salons. Alle zwei Wochen darf sich hier jede\*r im Philosophieren und Argumentieren zu einem bestimmten Thema und unter Moderation ausprobieren.

► 11 - 13.15 Uhr Café Baum, Hansastr. 3, Dortmund, Eintritt frei

### DIENSTAG, 17.12.

#### Weihnachtsfeier vom Frauenreferat

Mit Glühwein und veganen Überraschungen: Das autonome Frauenreferat des AStAs feiert ihre Weihnachtsfeier. All Genders welcome!

► 13-16 Uhr, Campus Essen, To2 Soo K05

# Militärische Beteiligung an Asylverfahren

Jedes Jahr flüchten Menschen vor Kriegen nach Deutschland. Nun sollen sich ausgerechnet Soldat\*innen an der Bearbeitung von laufenden Asylverfahren beteiligen. Für viele Flüchtlinge und Menschenrechtsorganisationen sind diese Entwicklungen beunruhigend, da die Flüchtlinge oftmals durch Armeeingehörige traumatisiert worden sind und sich wohl zurecht wie Kriegsgefangene behandelt fühlen würden.

Auf dem Blog „Augen geradeaus“, des Militärexperten Thomas Wiegold, findet sich eine geleakte Mail des „Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr“ mit dem Titel „Temporäre Personalunterstützung im Rahmen der Amtshilfe bei dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)“. In dieser werden aktive Soldat\*innen aufgerufen, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu helfen. Zu den Aufgabenbereichen der Freiwilligen würde unter anderem „das Überprüfen von Dokumenten und Personalien, das Nehmen von Fingerabdrücken im Rahmen der erkennungsdienstlichen Behandlung und die Kontrolle vorgelegter Dokumente“ gehören.

## Ursache: Koalitionsvertrag

Ursache für die Bitte um Unterstützung durch die Bundeswehr ist ein Abschnitt im Koalitionsvertrag, über den noch nicht einmal abgestimmt worden ist. Dort steht, dass das Asylverfahren deutlich verkürzt werden soll, auf maximal drei Monate. Eine Entwicklung, die den Flüchtlingen eigentlich zugute kommen würde. Allerdings brauchen die Mitarbeiter\*innen des BAMF momentan durchschnittlich acht Monate um ein Verfahren abzuschließen und Neueinstellung sind nicht vorgesehen, weswegen nun die Bundeswehr helfen soll. Seit einigen Monaten helfen auch schon 130 Mitarbeiter\*innen der Bundespolizei im BAMF bei der Überprüfung von Asylanträgen.

Bernd Mesovic, stellvertre-



Die Deutsche Bundeswehr wird im Inland immer präsenter. (Foto: ttm)

tender Geschäftsführer von „Pro Asyl“, kritisiert diese Entwicklung. „Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist ja nur für einen ganz engen Aufgabenbereich vorgesehen“, betonte er im Interview mit der deutschen Welle. „Wir kennen das in der Regel als Unterstützung bei irgendwelchen Naturkatastrophen und bei Problemen der inneren Sicherheit, und auch da liegt die Latte sehr hoch. Das zeigt schon, dass das ein recht ungewöhnliches Vorgehen ist.“

## Flüchtlinge als Katastrophe

Petra Pau, Bundestagsabgeordnete der Linken, stellte sich deutlich gegen die Ausweitung von Befugnissen der Bundeswehr und zog ein trauriges Fazit: „Gemäß des Grundgesetzes darf die Bundeswehr im Verteidigungsfall und in Extremsituationen auch zur Katastrophenabwehr eingesetzt werden. Eines von beiden – die Verteidigung Deutschlands oder eine besondere Katastrophe – scheint nach Ansicht der Bundesregierung eingetreten zu sein, denn Angehörige der Bundeswehr sollen demnächst offenbar Dokumente von Flüchtlingen überprüfen und Asylsuchende erkennungsdienstlich behandeln.“

In verschiedenen Onlineportalen wurde neben dieser Kritik auch die Sorge vor einer schrittweisen Ausweitung der Befugnisse der Bundeswehr im Inneren geäußert. Im Fokus der Kritik standen dabei auch die regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte, die aus Reservist\*innen gebildet werden, und im Inland auch für militärische Operationen eingesetzt werden können. Die Kommentare zeigten die Sorge, dass vermeintlich humane Einsätze und Tätigkeiten der Bundeswehr, die mediale Zustimmung für weitere Einsätze bilden könnten.

## Reservist\*innen nicht mehr gefragt

Anfangs sollten sich auch Reservist\*innen an der Unterstützung der Ämter beteiligen, nach Kritik wurde diese Idee zurückgenommen, berichtet „Augen Geradeaus“. „Im Rahmen der weiteren Prüfung wurden jedoch Grenzen für die Anwerbung von Freiwilligen zur Unterstützung des BAMF aufgezeigt“, heißt es in einer Mail an Reservist\*innen.

„An dem Vorhaben, aktive Soldaten zur Unterstützung des BAMF abzustellen, wird nach Angaben des Verteidigungsministeriums aber festgehalten“,

so Thomas Wiegold. Er stellt auch die berechtigte Frage, ob dieser zivile Amtshilfeinsatz von Artikel 35 des Grundgesetzes zur Amtshilfe abgedeckt ist: „Ob die Formulierung dort bedeutet, dass Soldaten zu administrativen Arbeiten an andere Bundesbehörden ausgeliehen werden können, müsste mir mal ein Jurist erklären“.

## Traumatisierte Flüchtlinge nicht vor Uniformierten

Auch verspricht das BAMF dass Flüchtlingen, die möglicherweise vor der Staatsgewalt in ihrer Heimat verfolgt wurden, auch künftig erspart bleiben, jemandem in Uniform gegenüber zu sitzen. Manfred Schmidt vom BAMF sagte gegenüber der Deutschen Welle: „Das wird der Asylbewerber gar nicht unterscheiden können, ob ein Verwaltungsbeamter vor ihm sitzt oder ein von uns ausgebildeter Bundeswehrangehöriger.“ Ob dies für Kriegsflüchtlinge, die häufig von den Ereignissen im Fluchland traumatisiert sind, auch gilt, ist unklar. Bisher ist auch nicht geklärt, inwieweit auch verhörähnliche Methoden angewendet werden sollen, um den Wahrheitsgehalt der Aussagen zu überprüfen. [JJ]

# Härtefallfond für Studis der UDE

Der Allgemeine Studierenden-ausschuss hat am 2. Dezember verkündet, dass der geplante Härtefallfond für Studierende der Universität Duisburg-Essen endlich in trockenen Tüchern ist. Studierenden, die ihr Studium aufgrund von finanziellen Problemen oder Engpässen in Gefahr sehen, haben damit eine Möglichkeit rettende Gelder zu bekommen. Der Vertrag für den Fond, der in Kooperation von Studentenwerk und AStA entstanden ist, hätte eigentlich schon gute zwei Monaten früher unterschrieben werden sollen.



Durch den neuen Härtefallfonds könnten Studierende bald mehr als ein paar Pfennige und Büroklammern in der Hosentasche haben. (Foto: sabi)

Ein schon bestehender Härtefallfond des Studentenwerks war dem AStA nicht genug. Die Grundidee der zusätzlichen Förderung stammt zwar schon aus der Zeit des ehemaligen Juso/Grünen AStA, doch die neugewählten Mehrheiten aus Grüner Hochschulgruppe und der Linken.SDS sind es, die das Konzept nun tatsächlich umgesetzt haben. „Schon seit dem letzten AStA wird an dem Konzept in Absprache mit dem Studentenwerk gearbeitet und vor allem auch verhandelt“, so Felix Lütke, aktueller AStA-Vorsitzender der UDE.

## 80.000 Euro im ersten Jahr

„Die 80.000 Euro, die in dem Topf für die einjährige Förderung liegen, setzen sich aus jeweils 40.000 Euro aus Geldern des AStA, beziehungsweise des Studentenwerks zusammen“, so Lütke. Die Frage welche Studenten und Studentinnen in Zukunft den besonderen Förderungsfond in Anspruch nehmen können, sollen extra dafür vorgesehene Vertreter\*innen der beiden unterstützenden Parteien entscheiden. Die sind jedoch noch nicht gewählt. „Ein entscheidender Unterschied zu dem bisherigen Härtefallfond des Studentenwerks ist, dass man sich weder einen Bürgen suchen muss, noch sich Sorgen um Zinsen machen muss“, so Felix Lütke.

Der Fond in Kooperation ist aber langfristig keine so hundertprozentig sichere Sache, wie das Angebot des Studentenwerkes. Hier spielt die Bürokratie der

Studentischen Selbstverwaltung mit rein. Die Hälfte Gelder für den Fond kommen jedes Jahr neu aus dem Sozialbeitrag der Studierenden, der für den AStA momentan 13 Euro vorsieht. „Der Förderungszeitraum beginnt in diesem Haushaltsjahr, also quasi Oktober 2013. Das Geld muss natürlich dennoch jedes Jahr neu im Haushalt beschlossen werden.“

## Studium vs. BAFöG

„Ich bin froh, dass es für Studierende die Möglichkeit gibt BAFöG zu bekommen“, so Ann-Kathrin S., Lehramtsstudentin der Uni Duisburg-Essen. „Was aber zweifellos stört ist die lange Bearbeitungszeit, die man jedes Jahr von neuem irgendwie finanziell überbrücken muss. In meinem Fall beträgt die sogar oft mehrere Monate, da mein Vater die nötigen Dokumente nach und nach einreicht.“ Dass in solchen Fällen die Verantwortung nicht auf das Studentenwerk oder den Studierenden abzuwälzen ist, ist sicher, Leidtragende\*r ist dennoch der Student oder die Studentin. „Im letzten Jahr war mein Vater von Juli bis Dezember im Ausland. Erst im Februar habe ich zum ersten Mal wieder schwarze Zahlen auf meinem Kontoauszug sehen können“, so Ann-Kathrin weiter.

## Vorgestrecktes Geld vom Härtefallfond

Genau in solchen Fällen greift der

Härtefallfond. Wenn ein Studierender durch keinen der beiden Elternteile unterstützt werden kann, aber die Förderungsleistungen ohne Eigenverschulden auf sich warten lassen, kann über den Härtefallfond Geld vorgestreckt werden, welches dann zinslos bei der ersten regulären BAFöG-Zahlung innerhalb von einem Jahr zurückbezahlt werden kann.

„So ein Konzept hätte definitiv schon früher in die Welt gerufen werden müssen. Wenn ich allein all die Mahnkosten zusammenrechne, die ich im letzte Jahr wegen der langen BAFöG-Wartezeit hatte“, sagt Ann-Kathrin. „Mit dem neuen Härtefallfond gibt es eine neue Möglichkeit für mich gibt, ohne finanzielle Engpässe und die ständigen Billignudeln mit Ketchup durch den Beginn des Semesters zu kommen.“

Für das Studentenwerk und den AStA bedeutet dieser Schlichterschluss jetzt wieder ein erstes offizielles Aufeinanderzugehen. Nachdem das Kunst- und Kulturcafé (KKC) im Januar 2012 vom Studentenwerk in einer Nacht- und Nebelaktion vom ehemaligen Skandal-AStA zum Spottpreis gekauft wurde, boykottiert der AStA das Café. Jetzt hofft „das Referat der Sozialpolitik auch auf weitere Kooperationen mit dem Studentenwerk, zum Beispiel bei dem Themenkomplex studentisches Wohnen“, so Laura Schimmer, Referentin im AStA. [Anna-Maria Sabi]

## KURZMELDUNGEN

### Bündnis Pro Messe macht Wahlkampf

Nachdem Ende Oktober die Unterschriftenaktion des Bürgerbegehrens gegen den Umbau der Messe Essen in Höhe von 123 Millionen Euro erfolgreich ausging, stand fest, dass es bereits im Januar 2014 zu einem Bürgerentscheid kommen würde. Mit dem Ergebnis formierte sich nun auch ein Bündnis auf der Gegenseite. Die Veranstalter\*innen des Bündnis Pro Messe werben nun dafür, am 19. Januar, beim Bürgerentscheid mit Nein zu stimmen und damit für den Umbau der Messe. Dafür setzt das Bündnis auf Wahlkampf und zog am vergangenen Freitag- und Samstagabend durch Essen um mehrere Plakate aufzuhängen. Messe-Gegner\*innen kritisierten dabei die Durchführung: viele Plakate hängen ordnungswidrig unter Ampeln und Verkehrszeichen und müssen wohl wieder umgehängt werden.

### Prorektorin von Senat nicht bestätigt

Der Senat hat in seiner vergangenen Sitzung hat die Prorektorin für Diversity Management, Ute Klammer, die vorher durch den Hochschulrat wiedergewählt worden war, nicht bestätigt. Mit nur einer Stimme unterlag die Professorin dem Votum. Jetzt kann sich der Hochschulrat allerdings erneut mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit für die Prorektorin entscheiden. Studierendenvertreter\*innen und Wissenschaftliche Mitarbeiter\*innen kritisierten währenddessen die Auswahl der Prorektor\*innen. Vorschläge der zweiten Gruppe seien nicht berücksichtigt worden.

### akduell Liebhaben

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren, zu Teilen und natürlich zum Liebhaben habt ihr auf:

unserer Facebook-Seite:

► [www.facebook.de/akduell](http://www.facebook.de/akduell)

und auf unserer Homepage:

► [www.akduell.de](http://www.akduell.de)



# Ein Stollen zur Weihnachtszeit

Essen, die Einkaufsstadt – und niemand kommt hin. Passend zum Start des Weihnachtsshoppings führen im Essener Hauptbahnhof die Züge mit großen Verspätungen ein und ab. Fernzüge ließen die Haltestelle im Ruhrgebiet gänzlich aus. Jetzt normalisiert sich der Verkehr wieder und Pendler\*innen dürfen wieder länger schlafen. Schuld für die Komplikationen war ein alter Bergbaustollen, ganz gewiss aber nicht die Bahngesellschaft.

Die Bahn unterlag einer vorweihnachtlichen Überraschung. Man entdeckte ungeahnte Hohlräume unter dem Essener Hauptbahnhof. Der ehemalige Bergbaustollen sorgte für reihenweise Zugverspätungen und Ausfälle. Dass ausgerechnet unter dem Essener Hauptbahnhof Bergbau betrieben wurde, konnte vor zwei Jahren bei den aufwändigen Renovierungsmaßnahmen niemand wissen. Naja, außer natürlich der Bauherr, die Aufsichtsbehörden und die RWE System AG, die Unterlagen besitzen, in denen der Bergbau seit 1870 dokumentiert wird.

## Drimal arme Deutsche Bahn – ein Erlebnisbericht.

Sie hat es aber auch nicht leicht. In etlichen Foren im Internet wird sich darüber ausgetauscht und lustig gemacht, dass die deutsche Bahn immer zu spät, zu teuer und zu voll sei. Auch wenn hier eigentlich eine böse Satire folgen soll, sehe ich mich als mitfühlende Bahnfahrerin gezwungen ein Plädoyer für die Bahn zu halten und zu sagen: „Arme Deutsche Bahn.“

Denn wenn der Wind so stark pustet, wie am Wochenende Xaver oder es plötzlich von einem Tag auf den anderen schneit, da funktioniert der Zugverkehr nicht mehr reibungslos. Ich verstehe das.



Wind, Schnee und Arbeiten unter der Erde sind schließlich ein Phänomen der Neuzeit, das es noch zu ergründen gilt. Ähnlich wie dieses Internet.

Deshalb hatte ich vollstes Verständnis, als ich mit nur 40 Minuten Verspätung in Essen losfuhr und nach kurzer Zeit alle zehn Minuten in einer dunklen Bahn, irgendwo im nirgendwo saß und mir der verstörte Zugführer mitteilte: „Wir haben keinen Strom mehr. Mir antwortet aber auch niemand aus der Zentrale, ich kann Ihnen also keine Informationen zu unserer Weiterfahrt geben“. Ich hätte ihn gerne spontan in den Arm genommen und ein ernst gemeintes „arme Deutsche Bahn-Angestellten“ kundgetan, aber ich fand im Dunkeln den Weg nicht bis ins Führerhäuschen. Zurück an meinem Platz, mache ich es mir bequem und fühle mich ganz wie Zuhause. Mit Füßen hoch (natürlich nicht!), Musik an (nicht zu laut, das stört die anderen Wartenden!) und genüsslich mein Brötchen verspeisend (ohne zu krümeln!) macht das Warten richtig Spaß. Alle zehn verstrichenen Minuten meines Lebens, streichele ich liebevoll über die beschmierten Sitzpolster und denke mir: „Armer, kleiner Zug. Was du so alles aushalten musst“. [Gerne]

## IMPRESSUM

**ak[duell]** – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet  
**Herausgeber:** **ASTA** der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.  
**Projektkoordination:** David Freydank  
**Anschrift:** aktuell, c/o AstA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen  
**Redaktion dieser Ausgabe:** Alex Grossert (aGro), Maren Wenzel (mac), Rolf van Raden (rvr), Jules El-Khatib (JJ), Daniel Kerekes (DanKe), Teresia Minjoli (ttm), Linda Gerner (Gerne)  
**Comic:** Sebastian Happ  
**V.i.S.d.P.:** Teresia Minjoli (ttm)  
**Auflage/Druck:** 5.000 / Megadruck, Westerstede  
**E-Mail:** redaktion@akduell.de  
**Web:** www.akduell.de  
**Fon:** 0201/1833134

## SUDOKU – HIRNAKROBATIK

|   |   |   |   |   |   |   |   |   |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
|   | 5 | 6 | 3 | 9 |   | 1 |   |   |
|   |   |   |   |   |   | 2 | 6 |   |
|   |   | 9 | 1 |   |   | 3 |   |   |
|   | 6 | 3 | 9 |   |   |   |   | 4 |
| 2 |   |   |   |   |   |   |   | 3 |
| 1 |   |   |   |   | 8 | 5 | 9 |   |
|   |   | 2 |   |   | 9 | 4 |   |   |
|   | 1 | 4 |   |   |   |   |   |   |
|   |   | 8 |   | 2 | 4 | 6 | 5 |   |

## HLP! #44: LOCKE IN DOWN UNDER: HITCHHIKING!

